



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 07.12.2007

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 15. November 2007, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung I

1.
Genehmigung der Niederschrift
2.
Mitteilungen
3.
Fragestunde

4. 07-V-14-0001 DL 32/07-6, 31/07-2

Prüfung der Jahresrechnung 2005
- Berichterstatter Stv. Dr. Goßmann

ANLAGE

5. 07-V-20-0052 DL 44/07-1, 40/07-3

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Jahre 2008/2009 nebst Haushaltsplan mit Anlagen durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller - 1. Lesung - und Generaldebatte zum Entwurf der Haushaltssatzung

6. 07-A-02-0018

Angemessenheitsbericht über die Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

7. 07-F-25-0115

Finanzielle Mittel Drei-Felder-Halle
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.11.2007 -
Vorbemerkung

Mit der Realisierung einer Drei-Felder Halle im Bereich des Platzes der Deutschen Einheit kann sich eine weitere große Chance für den Wiesbadener Sport eröffnen. Neben der Stärkung des sportpolitischen Profils der Elly-Heuss-Schule und der Vorteile für den Wiesbadener Vereinssport wird es möglich sein, den Leistungssport adäquat an dieser herausragenden Stelle zu fördern. Auf diesem Weg wird der Ruf der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt weiter gefestigt.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dem Haushalt für die Realisierung der Drei-Felder-Halle am Platz der Deutschen Einheit aus den Finanzmitteln zur Finanzierung einmaliger zusätzlicher Investitionsmaßnahmen (s. Sitzungsvorlage 07-V-20-0067) im Jahr 2008 6 Mio. Euro und im Jahr 2009 3 Mio. Euro zuzusetzen.

8. 07-F-01-0113

Öffentlichen Nahverkehr in Wiesbaden voranbringen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.11.2007 -
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung nimmt positiv zur Kenntnis, dass sich mit der Übernahme der Hochbahn-Anteile an WiBus der Wiesbadener Busverkehr wieder in Wiesbadener Hand befindet. Damit eröffnet sich endlich wieder die Möglichkeit, den Wiesbadener ÖPNV eigenständig so zu gestalten, dass den großen Kundenverlusten der jüngsten Vergangenheit kreativ entgegengewirkt werden kann.
- Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass:
 - die Ergebnisse der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Arbeitsgruppen zur zukünftigen Ausrichtung des ÖPNV in Wiesbaden (vom 20.06.2007) zügig an die parlamentarischen Gremien weitergeleitet werden;
 - der Entwurf für den zu beschließenden Nahverkehrsplan frühzeitig und unter breiter öffentlicher Beteiligung diskutiert werden kann;
 - die Gutachten, Vorschläge und Ideen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Wiesbaden ebenfalls frühzeitig unter Beteiligung aller Betroffenen in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies beinhaltet auch Aktionen und Programme zur Beteiligung der ÖPNV-Nutzer (Umfragen, Foren, öffentliche Veranstaltungen).

9. 07-F-24-0007

Namentliches Gedenken am Michelsberg / Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen/freiraumplanerischen Ideenwettbewerbs "ehemalige Synagoge/Michelsberg" - Gemeinsamer Antrag von CDU, SDP, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.11.2007 - Im Zuge der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurde die im Jahre 1869 erbaute Synagoge am Michelsberg von Nationalsozialisten in Brand gesetzt. Das schwer beschädigte Gebäude wurde daraufhin im Jahre 1939 abgerissen. Lange Zeit wurde an die Geschehnisse vor Ort nicht ausreichend öffentlich erinnert und im Zuge der Verkehrsplanung (Bau der Hochbrücke) lief der Ort Gefahr, gänzlich aus dem öffentlichen Blick zu verschwinden.

Nach dem Abriss der Hochbrücke 2001 war endlich die Möglichkeit gegeben, an dem authentischen Ort der ehemaligen Synagoge an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, damit die Gräueltaten des Nazi-Terrorregimes nicht in Vergessenheit geraten. Der Michelsberg sollte der Ort des namentlichen Gedenkens an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes werden.

2005 lobte die Landeshauptstadt Wiesbaden einen städtebaulichen Ideenwettbewerb mit Realisierungsteil zur Erlangung von Entwürfen für die Neugestaltung des Bereichs „ehemalige Synagoge/Michelsberg“ aus.

Seite 4 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. November 2007

Wichtigstes Ziel des Wettbewerbs war die Schaffung eines Ortes des namentlichen Gedenkens an die während der nationalsozialistischen Diktatur ermordeten und vertriebenen jüdischen Mitbürger.

Am 26. September 2006 fand der Wettbewerb seinen Abschluss.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ergebnisse des städtebaulichen Ideenwettbewerbs.

Zur Realisierung des Ergebnisses des Ideenwettbewerbs möge die Stadtverordnetenversammlung daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zum Zweck der schnellstmöglichen Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen/freiraumplanerischen Ideenwettbewerbs „ehemalige Synagoge/Michelsberg“ im Haushaltsjahr 2008 1 Million Euro und im Haushaltsjahr 2009 2,1 Millionen Euro bereit zu stellen.

10. 07-F-25-0117

Haushalt 2008/09 - Mittel für die Gestaltung von Dorfplätzen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 07.11.2007 -

Die Ortskerne der Wiesbadener Vororte sind wertvolle Elemente des Gesamterscheinungsbildes der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die Unverwechselbarkeit jedes Ortsbezirks läßt sich neben den Gebäuden, den Freiflächen und den Straßenräumen vor allem an den Ortsmitten ablesen und erleben.

Das geschichtliche Erbe, das für Wiesbaden eine überaus große Bedeutung hat, gilt es auch in den ländlichen Ortsbezirken zu bewahren und behutsam weiter zu entwickeln.

Dem ist in den letzten Jahren Rechnung getragen worden, beispielhaft sei die Erstellung der Gestaltungssatzungen und Gestaltungsfibeln für eine Reihe von Vororten und auch das gemeinsam mit dem Ortsbeirat und dem Förderverein durchgeführte Projekt der Dorfplatzgestaltung in Breckenheim genannt. Weitere Vororte, z.B. Erbenheim, Naurod und Sonnenberg, haben sich ebenfalls mit Fragen der Neugestaltung beschäftigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dem Haushalt 2008/09 für die Neugestaltung von Dorfplätzen und Ortsmitten im Jahr 2008 200.000 Euro und im Jahr 2009 470.000 Euro zuzusetzen.

11. 07-F-04-0005

Einrichtung von kostenlosen oder gering gebührenpflichtigen öffentlichen Toiletten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 07.11.2007 -
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur flächendeckenden Versorgung der Innenstadt mit
kostenlosen oder gering gebührenpflichtigen öffentlichen Toiletten zu erarbeiten.

12. 07-F-07-0040

Integrationsvereinbarung

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 18.10.2007 -

Im Auftrag der BLW-Fraktion hat der Verfassungsrechtler Dr. Markus Pöcker von der Goethe-Universität Frankfurt ein Rechtsgutachten zur Wiesbadener Integrationsvereinbarung verfaßt. Der Gutachter hat keine prinzipiellen rechtlichen Bedenken gegen die Vereinbarung als solche. Er kommt aber im Hinblick auf die Durchführung der Vereinbarung aus verfassungsrechtlicher Sicht zu dem Schluß, daß die Stadt im Hinblick auf die Erreichbarkeit des mit der Vereinbarung verfolgten Integrationszwecks jene Vereine, die in der Vergangenheit durch verfassungsfeindliche Aktivitäten aufgefallen sind, mit Blick darauf beobachten muß, ob sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß von diesen Vereinen keine solchen Aktivitäten (mehr) ausgehen, und daß die Stadt, solange solche Anhaltspunkte fehlen, keine Vorleistungen an diese Vereine erbringen darf (Finanzhilfen, „Imagepflege“). Beides folgt nach Auffassung des Gutachters aus dem staatskirchenrechtlichen Grundsatz der Parität.

Angesichts dieser rechtlichen Bewertung, die sich die BLW-Fraktion zu eigen macht, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

- wie er gedenkt, die Einhaltung der Vereinbarung durch die muslimischen Gemeinden zu überwachen,
- wie festgestellt werden soll, ob sich die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestufte Organisation Milli Görüs sich künftig verfassungskonform verhält,
- ob er bereit ist, sich den Rechtsstandpunkt des Gutachtens zu eigen zu machen, daß Leistungen an muslimische Vereine auf der Grundlage der Integrationsvereinbarung davon abhängig sind, daß sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß von diesen Vereinen keine verfassungsfeindlichen Aktivitäten (mehr) ausgehen.

13. 07-F-06-0043

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 30.10.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für **alle** hier lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen - wie es bereits für die Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten gilt.

14. 07-F-25-0079

Familienfreundliches Wiesbaden II - Familienfreundliche Behörden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 20.06.2007 -
Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Familienfreundlichkeit in öffentlichen Einrichtungen nutzt Besucherinnen und Besuchern dieser Institutionen und ist für die Kommune ein Imagegewinn.

Familienfreundliche öffentliche Einrichtungen mit einer familienbewussten Personal-Politik werden auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Eine familienfreundliche Personalpolitik in Form von flexibler Arbeitszeitgestaltung, familienbewusstem Verhalten von Führungskräften und aktiver Unterstützung familienorientierter Vereinbarungen lohnt sich auch für die Kommune als Arbeitgeber. Erhöhte Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu erwarten.

Der Magistrat wird beauftragt darzulegen, welche öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Wiesbaden für Besucherinnen und Besucher mit Kindern und / oder pflegebedürftigen Angehörigen bereits als familienfreundlich bezeichnet werden können.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt darzulegen, welche verbindlichen Fördermaßnahmen in Sachen "Familienfreundlichkeit" zukünftig unternommen werden müssen. Hierbei soll zusätzlich der finanzielle Aufwand und der Zeitplan für entsprechende familienfreundliche Maßnahmen benannt werden. Die in Betracht kommenden familienfreundlichen Maßnahmen sind konkret zu bezeichnen.

Der Magistrat wird beauftragt, alle für eine Zertifizierung der öffentlichen Einrichtungen Wiesbadens durch das Audit berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH - einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung - erforderlichen Maßnahmen - und zwar aufgeschlüsselt nach den acht Handlungsfeldern des Audits berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH "Arbeitszeit", "Arbeitsorganisation", "Arbeitsort", "Informations- und Kommunikationspolitik", "Führungskompetenz", "Personalentwicklung", "Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen" und "Service für Familien" - zu veranlassen.

Der Bericht des Magistrats wird im September dieses Jahres erwartet.

ANLAGE

15. 07-F-25-0098

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 12.09.2007 -
Vorbemerkung:

Gleichstellung und Integration von behinderten Menschen und die Sicherung der sozialen, kulturellen, gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel der Wiesbadener Behindertenpolitik. Seit 1994 ist das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz festgeschrieben. In Wiesbaden leben rund 30 000 Menschen mit Behinderungen, ihre Lebenswirklichkeit entspricht jedoch immer noch nicht den Vorgaben der Verfassung. Behinderte Menschen stoßen auch in Wiesbaden immer noch und immer wieder auf Barrieren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen zur Herstellung der Barrierefreiheit Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 HessBGG getroffen werden.

Des weiteren wird der Magistrat beauftragt, gemäß § 9 Abs. 2 HessBGG zu prüfen, ob und wie in Wiesbaden die Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bei allen Planungen und Maßnahmen umzusetzen ist.

Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2008 vorzulegen.

16. 07-F-25-0099

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Vorbemerkung:

„Alt sein“ bzw. „Alt werden“ gewinnt durch den demografischen Wandel auch in Wiesbaden eine größere Bedeutung. Die Infrastruktur in Wiesbaden ist daher zukünftig stärker dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen anzupassen. Umfragen belegen, dass selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden, auch bei Pflegebedürftigkeit, von immer mehr älteren Menschen gewünscht wird. Durch den Ausbau von vernetzten, wohnortnahen und ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten kann diesen Wünschen Rechnung getragen werden.

Neben der Stabilisierung und dem Ausbau ambulanter Angebote wird weiterhin - insbesondere für hochbetagte und kranke ältere Menschen - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeangeboten notwendig sein. Ansprüche und Anforderungen an Angebote der stationären Altenpflege haben sich jedoch in den letzten Jahren sehr verändert. Kommunale Altenhilfepolitik muss sich diesen Veränderungen stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern in der ambulanten und stationären Altenhilfe eine mit den Trägern abgestimmte neue Gesamtkonzeption für Wiesbaden vorzulegen. In die Beratungen sind der Seniorenbeirat, der AK der Behindertenorganisationen und die im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen einzubeziehen.

Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2008 vorzulegen.

17. 07-F-06-0044

Ersatz für Mehraufwand durch LUSD

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 24.10.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt die Forderung anderer hessischer Schulträger an die Landesregierung den aufgrund der nicht funktionierenden Schulsoftware LUSD entstandenen Mehraufwand für die Schulsekretariate zu ersetzen.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf umgehend mit dem Land Hessen in Verhandlungen für einen finanziellen Ausgleich der erforderlichen Mehrkosten zu treten.
- Falls diese Verhandlungen erfolglos verlaufen sollten, wird der Magistrat aufgefordert unverzüglich gemeinsam mit weiteren Schulträgern die Erfolgsaussichten eines Rechtsstreits zu prüfen.
- Die Landeshauptstadt Wiesbaden fordert das Land Hessen auf für die Überarbeitung der Software den Anwenderinnen und Anwendern Gelegenheit zu geben ihre Anforderungen an eine Überarbeitung zu formulieren.

18. 07-F-01-0112

Ganztagsangebote an Schulen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.11.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert darzulegen,

- was er konkret unter „qualitativ hochwertigen Ganztagsangeboten“ für die Wiesbadener Schulen versteht;
- in welchen Schritten er das „Angebot an Ganztagschulen in Wiesbaden“ auszubauen gedenkt;
- welche kommunalen Mittel hierfür im nächsten Doppelhaushalt veranschlagt sind;
- inwieweit auch durch den Einsatz kommunaler Ressourcen „die Zusammenarbeit von städtischen und schulischen Institutionen besser vernetzt“ werden soll bzw. bereits vernetzt worden ist.

19. 07-F-06-0045

Einrichtung eines Schulmittelfonds

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)
- Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.
- Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

20. 07-F-25-0118

Wiesbadener ÖPNV aus einer Hand - Rückkauf der WiBus-Anteile
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 08.11.2007 -

Die europarechtlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundene Teilnahme am Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr führten zum Beschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Tochtergesellschaft WiBus der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding (WVV) zu gründen. Zusätzlich wurde über eine europaweite Ausschreibung ein Partner für diese Gesellschaft gesucht.

Ende 2004 ging die WiBus als 51%ige Tochter der WVV und 49%ige Tochter der Hamburger Hochbahn AG in Betrieb; sie sollte sich auch an Ausschreibungen im ÖPNV außerhalb Wiesbadens beteiligen.

Am 28. Juni 2007 hat das Wiesbadener Stadtparlament beschlossen, die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs weiterhin in kommunaler Verantwortung zu belassen. Damit wurde der bisherige Weg zur Vorbereitung der Ausschreibung der Verkehrsleistungen für Wiesbaden verlassen.

Mit dem Rückkauf der Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus wurde eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, auch zukünftig qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen ÖPNV zu ermöglichen. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßt deswegen den Rückkauf der Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus ausdrücklich.

Um den ÖPNV „in eigener Hand“ auch zukünftig zu sichern, wird der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden beauftragt,

- sicherzustellen, dass die Tarifbedingungen und die Betriebsbedingungen in der WiBus erhalten bleiben und alles vermieden wird, was den Beschluss des Wiesbadener Stadtparlaments zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs in kommunaler Hand gefährdet,
- die ÖPNV-Struktur auf Basis der Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung neu zu organisieren,

- einen Vorschlag für die zukünftige Aufgabenwahrnehmung der Gesellschaften ESWE-Verkehr, WiBus und WTI sowie für die Aufgaben der Aufgabenträgerorganisationen (LNO) nach dem ÖPNV-Gesetz vorzulegen.

21. 07-V-41-0026 DL 36/07-6

Stadtmuseum Wiesbaden; Errichtung des Neubaus

22. 07-V-41-0029 DL 37/07-5

Stadtmuseum Wiesbaden; Ergebnisse des Architekturwettbewerbes

ANLAGE

23. 07-V-20-0069 DL 43/07-1 NÖ

Erwerb der Geschäftsanteile an der WiBus GmbH

24. 07-V-11-5020 DL 39/07-5

Aufbau eines integrierten Gesundheitsmanagements bei der Stadtverwaltung

25. 07-V-20-0055 DL 36/07-8

Mehreinnahmen 2007 aus kommunalem Finanzausgleich

26. 07-V-20-0066 DL 39/07-2, 37/07-9

Gemeinsamer Bäderbetrieb in Wiesbaden

27.

Tagesordnung

Tagesordnung II

1. 06-S-00-0006

Beschlussfassung gemäß § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) und § 57 der Ausführungsverordnung zum KWG (Kommunalwahlordnung - KWO) über Gültigkeit und über Einsprüche gegen die Wahlen von

- Stadtverordnetenversammlung
- Ortsbeiräten

ANLAGE

2. 07-F-05-0002 DL 35/07-1

Kinderwagen-/Familienparkplätze
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 21.02.2007 -
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie an geeigneten Stellen auf städtischen Parkplätzen Kinderwagen / Familienparkplätze mit folgender Maßgabe ausgewiesen werden können:

- Die Parkplätze sollen die Breite eines Schwerbehinderten-Parkplatzes und die gleiche Nähe zu Ladengeschäften, Fußgängerzone etc. haben.
- Parkberechtigt ist, wer in seinem KFZ einen Säugling und /oder ein Kleinkind mit Kinderwagen befördert.

3. 07-V-11-5020 DL 39/07-5

Aufbau eines integrierten Gesundheitsmanagements bei der Stadtverwaltung

4. 07-V-11-5021 DL 42/07-3

Möbiliar für Seminarräume

5. 07-V-20-0050 DL 39/07-7

Einmalige Erhöhung der Mittel der Ortsbeiräte Wiesbaden und AKK 2007 - 2011

6. 07-V-20-0053 DL 39/07-6

Verwaltungskostenbeiträge AKK ab dem Jahr 2008, Ansätze 2008/2009

7. 07-V-20-0060 DL 37/07-4

Investitionscontrolling 3. Quartal 2007

8. 07-V-20-0062 DL 36/07-20

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. 07-V-36-0010 DL 37/07-11

Mittelfreigabe für Lärminderungsplanung

10. 07-V-40-0028 DL 37/07-2

Krautgartenschule - Bau einer Turnhalle; Ausführungsvorlage

ANLAGE

11. 07-V-41-0021 DL 36/07-9

Stadtbibliotheken Wiesbaden: Projekt "StaBi 2010"

ANLAGE

12. 07-V-41-0024 DL 36/07-13

Musikbibliothek: Änderung der Öffnungszeiten

13. 07-V-51-0012 DL 35/07-12

Ersatzneubau des Wohnheims der Lebenshilfe Wiesbaden e. V.

ANLAGE

14. 07-V-51-0020

Qualitätshandbuch für Kindertagesstätten

ANLAGE

15. 07-V-51-0024 DL 42/07-1

Ausbauprogramm 421 neue Krippenplätze, Teil 2

16. 07-V-51-0032 DL 42/07-2

Ausbauprogramm 421 neue Krippenplätze, Teil 3, AWO Kastel

17. 07-V-51-0044 DL 36/07-19

Kath. Kita Herz Jesu/Sonnenberg - Finanzierungsanteil der Kirche

18. 07-V-52-0016 DL 37/07-13

Gewährung von Zuschüssen für die Integrationsarbeit in Sportvereinen

19. 07-V-64-0007 DL 36/07-18

Sachstandsbericht zum statischen Zustand der Kellerskopfhalle, Wiesbaden-Naurod

20. 07-V-66-0227 DL 35/07-3

Fußgängersicherung, Aukammallee, Wiesbaden-Bierstadt

21. 07-V-66-0229 DL 35/07-4

Dotzheimer Straße / Schwalbacher Straße;
Ausbau der Bushaltestellen

22. 07-V-66-0233 DL 36/07-3

In der Witz - Mainz-Kastel, Querungshilfe vor der Gustav-Stresemann-Schule

23. 07-V-66-0314 DL 35/07-7

Öffentliche Straßenbeleuchtung in Wiesbaden und AKK
Mittelumbuchung in 2007 vom Ergebnishaushalt (CO) in den Investitionshaushalt
(Instandhaltungsprogramm -IS und Investitionsprogramm -IN)

24. 07-V-67-0015 DL 35/07-11

Forsteinrichtungen 2006/2007 für den Stadtwald Wiesbaden

25. 07-V-69-0010 DL 35/07-9

Tattersall; Sanierung des Gebälks von Innen

1. 07-F-06-0038

Klimaschutz sozial gestalten - CO₂-Ausstoß senken - Leistungsberechtigte nach SGB II und XII finanziell entlasten

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 12.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- In Abstimmung mit der ESWE Versorgungs AG erhält das Amt für Soziale Arbeit Energiesparlampen, von denen je 5 an alle Leistungsberechtigten nach SGB II und XII kostenlos abgegeben werden.
- Die Kosten für diese Aktion werden aus Gründen des Klimaschutzes von der ESWE Versorgungs AG getragen. Hilfsweise beteiligt sich die Stadt finanziell an dieser Maßnahme.

ANLAGE

2. 07-V-01-0009 DL 35/07-13

Ball des Sports 2007 - Rückblick und Endabrechnung

3. 07-V-01-0010 DL 35/07-8

Begleitung der Baumaßnahme "Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, Mainzer Straße"

4. 07-V-07-0007 DL 39/07-4

ELW - Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern

5. 07-V-08-0006 DL 36/07-12

Bau einer Fotovoltaikanlage auf der Deponie

6. 07-V-11-5006 DL 35/07-5

Arbeitsgelegenheiten: Mittelbereitstellung für Betreuung und Anschaffungen in 2005

7. 07-V-11-5016 DL 36/07-17

Verwaltungskostensatzung - Anwendung der Billigkeitsregelung nach § 13 der Satzung

8. 07-V-20-0055 DL 36/07-8

Mehreinnahmen 2007 aus kommunalem Finanzausgleich

9. 07-V-20-0066 DL 39/07-2, 37/07-9

Gemeinsamer Bäderbetrieb in Wiesbaden

10. 07-V-30-0017 DL 36/07-16

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden I.

11. 07-V-30-0018 DL 36/07-15

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden II.

12. 07-V-30-0019 DL 36/07-14

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden III.

13. 07-V-30-0020 DL 36/07-11

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke Wiesbaden I - III.

14. 07-V-31-0003 DL 36/07-7

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

15. 07-V-36-0014 DL 41/07-1

Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungsmaßnahmen im Ortskern Sonnenberg

16. 07-V-40-0032 DL 36/07-5

Geschwister-Scholl-Grundschule - Dämmung der Turnhalle

ANLAGE

17. 07-V-41-0016 DL 36/07-10

Weiterbildung in Wiesbaden - Bericht zu Phase II des Projektes (Evaluierung)

18. 07-V-41-0023 DL 35/07-10

Aufhebung von Sperrvermerken im Projektbüro Stadtmuseum (4105)

19. 07-V-66-0106 DL 37/07-3

Sondernutzungssatzung ab 2008

20. 07-V-66-0228 DL 35/07-2

Bahnhofstraße - Einrichtung von Radverkehrsanlagen

21. 07-V-66-0235 DL 36/07-2

Susannastraße, Wiesbaden-Igstadt;
Einrichtung eines Mini-Kreisverkehrsplatzes

22. 07-V-67-0006 DL 36/07-1

Neue Blumenkübel für die Wilhelmstraße

23. 07-V-67-0016 DL 39/07-1, 37/07-6

- > Satzung zur Änderung der Ortssatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- > Satzung zur Änderung der Gebührenordnung zur Ortssatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- > Aufhebung der Satzung über die Feuerbestattungsanlage

24. 07-V-69-0011 DL 39/07-3, 37/07-12

Soziale Stadt "Inneres Westend"/Wellritzhof - Nachfinanzierung Baukostensteigerung

25. 07-V-69-0015 DL 39/07-8

Sozial Stadt "Inneres Westend" - Wellritzhof-Nachfinanzierung Baukostensteigerung

26. 07-V-70-0002 DL 37/07-1

Änderung der Ortssatzung/Gebührenordnung über/für die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden

27. 07-V-80-8005 DL 37/07-8

Informationsstelle für Jugendliche und Schüler im Übergang zum Beruf

28. 07-V-80-8008 DL 35/07-6

Modellprojekt "Wohnbetreuer GWW"

29. 07-V-80-8013 DL 37/07-10

Standortpositionierung: "Wiesbaden der Gesundheitsstandort"

30. 07-V-66-0234 DL 38/07-5

Platzgestaltung Nerotal ? Grundinstandsetzung der Platzoberfläche

31. 07-V-20-0070

Wirtschaftliche Lage der Feierabendheim Simeonhaus GmbH

Tagesordnung IV

1. 07-V-20-0056 DL 36/07-3 NÖ

Bürgschaft

2. 07-V-20-0058 DL 36/07-5 NÖ

Bürgschaft

3. 07-V-20-0059 DL 36/07-4 NÖ

Bürgschaft

4. 07-V-20-0063 DL 37/07-1 NÖ

Kredit

5. 07-V-36-0022 DL 36/07-2 NÖ

Niederschrift Naturschutzbeirat 29.03.07

6. 07-V-36-0023 DL 36/07-1 NÖ

Niederschrift Naturschutzbeirat 31.05.07

7. 07-V-80-2328 DL 35/07-2 NÖ

Dauernutzungsrecht "Mobilitätszentrale"

8. 07-V-80-2334 DL 35/07-1 NÖ

Rückauflassungsvormerkung

9. 07-V-80-2338 DL 37/07-2 NÖ

Grundstückskaufverträge

10. 07-V-80-2340 DL 37/07-3 NÖ

Paulinenhang

Seite 21 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. November 2007

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin